

---

**Sprechzettel für die LPK am 14.11.2014, 11.00 Uhr:  
Vorstellung der repräsentativen Lehrerumfrage**

**„IT an Schulen“**

**von forsa im Auftrag des VBE**

Sehr geehrte Frau Renz,  
sehr geehrte Damen und Herren,

von der Schule wird vieles erwartet, selbstverständlich auch digitales Lernen. Wenn etwas hakt, wird mit Fingern auf die Lehrerinnen und Lehrer gezeigt und ihnen öffentlichkeitswirksam digitale Verweigerung angelastet.

Der VBE wollte genau wissen, wie es

1. mit der IT-Ausstattung an den Schulen aussieht, und
2. was Lehrerinnen und Lehrer zum Internet als Unterrichtsmittel meinen.

Ihnen liegen die Ergebnisse unserer repräsentativen Lehrerumfrage vor, die VBE Bund und VBE Baden-Württemberg bei forsa in Auftrag gegeben haben. Befragt wurden Lehrerinnen und Lehrer von der Grundschule bis zur Berufsschule. Eine vergleichbare Lehrerumfrage gibt es bisher nicht.

Auf den ersten Blick sieht es scheinbar gut aus:  
7 von 10 befragten Lehrerinnen und Lehrer bestätigen für ihre Schule einen schnellen Internetzugang. 13 Prozent der Befragten verneinen das. Baden-Württemberg liegt hier im Bundesdurchschnitt. Na, bitte, könnte man sagen!

Aber auf den zweiten Blick zeigt sich:  
Nur 59 Prozent der befragten Grundschulkolleginnen und -kollegen geben hier für ihre Schule ein schnelles Internet an. 22 Prozent verneinen das. Hier wird deutlich, was sich auch in anderen Aufgabenbereichen zeigt:

Die Grundschulen sind einmal wieder abgehängt, auch auf diesem tatsächlich zukunftsrelevanten Feld.

Ebenso wenig gebe ich Entwarnung bei der zweiten Frage – der Frage nach dem Zugriff auf einen dienstlichen PC.

83 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg (bundesweit 77 Prozent) sagen, sie hätten Zugang zu einem dienstlichen PC. Ja, der steht aber in der Regel als Einzelexemplar im Lehrerzimmer beziehungsweise bei der Schulleitung oder eben in den Computerräumen.

15 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg (22 Prozent im Bundesdurchschnitt) haben nicht einmal Zugang zu einem solchen Einzel-PC. In den Grundschulen sieht es noch deutlich schlechter aus: Von den befragten Grundschullehrkräften haben 27 Prozent keinerlei Zugang zu einem dienstlichen PC.

Fakt ist: Wir sind an den Schulen weit davon entfernt, dass der PC zum alltäglichen persönlichen Arbeitsgerät am Arbeitsplatz der Lehrkräfte zählt.

Darin sehen wir uns zusätzlich bestätigt durch die Angaben über einen Zugang zu einer geschützten Online-Plattform, die Lehrer für ihren Unterricht aber auch für Hausaufgaben oder Elternkontakte nutzen können.

Nur 40 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg (42 Prozent im Bundesdurchschnitt) bejahen einen solchen Zugang. Dass der Durchschnitt überhaupt diesen Wert hat, liegt in erster Linie an der etwas besseren Ausstattung der Gymnasien und der Berufsschulen. Aber auch dort hat nur die Hälfte der Befragten, Zugang zu einer solchen Plattform. Und nur ein knappes Drittel der befragten Grundschullehrkräfte hat diesen Zugang. In den Schulen ist die Lage schlichtweg mittelalterlich!

Besonders kritisch sehen wir die Verfügbarkeit geschützter dienstlicher eMail-Adressen für Lehrer. Ich betone: Im beruflichen Alltag fallen eine Vielzahl zu schützender Daten über Schüler und deren Lernsituationen sowie über interne Arbeitsprozesse in der Schule an. Schulämter, Schulverwaltungen und Ministerien fragen regelmäßig Daten ab, die vor Missbrauch unbedingt zu schützen sind. Aber, bitte, wie soll das denn bei einer solchen Ausstattung gehen?

Unsere Umfrage ergibt:

57 Prozent der befragten Lehrer in Baden-Württemberg (ebenso 57 Prozent im Bundesdurchschnitt) bestätigen das Vorhandensein einer geschützten dienstlichen eMail-Adresse.

An Grundschulen geben das nur 34 Prozent an. Nicht einmal bei den Schulleitungen ist das eine Selbstverständlichkeit. Ein Viertel der befragten Schulleitungsmitglieder geben an, keine geschützte eMail-Adresse zu haben. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – und das im 21. Jahrhundert.

Diese miserable Ausstattung führt dazu, dass Lehrer und Schulleiter indirekt unter Druck gesetzt werden, Grundregeln des Datenschutzes zu missachten, weil der Dienstherr das Thema Datenschutz nicht für wichtig genug hält. Ein solcher Umgang beschädigt massiv das Ansehen der Lehrerinnen und Lehrer und kann dazu führen, dass das Vertrauen zwischen Lehrerinnen und Lehrern, Schülern und Eltern gestört wird.

Ich betone das auch vor dem Hintergrund, dass eine inklusive Schule angesteuert wird. Die Arbeit in inklusiven Lerngruppen stellt noch einmal in ganz besonderer Weise Anforderungen an den sicheren Umgang mit geschützten Daten.

Das, was hier passiert, ist nichts anderes, als eine Ermunterung der Schulen durch die Verantwortlichen von Land und Schulträgern zu einem fahrlässigen Umgang mit Daten. Ein Skandal!

Der Datenschutzbeauftragte des Landes stellt den Schulen in aller Regelmäßigkeit auch ein besonders bescheidenes Zeugnis in diesem Fach aus.

Wen erstaunt es da noch, dass Schulen kaum mit der jüngsten IT-Gerätegeneration für die Schülerinnen und Schüler in Klassensatzstärke ausgestattet werden.

Ein Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg, wie auch im Bundesdurchschnitt, geben an, dass ihre Schule für jede Klasse über Klassensätze an Tablet-Computern beziehungsweise Smartphones verfügt. Das ist geringer, als die Fehlerquote unserer Umfrage! 87 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg sagen, an ihrer Schule gibt es so etwas gar nicht.

Zur IT-Ausstattung an Schulen gehört natürlich auch die kontinuierliche Wartung, die grundsätzlich in der Verantwortung des Schulträgers liegt. Das betone ich.

77 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg (71 Prozent im Bundesdurchschnitt) geben an, dass sich an ihrer Schule einzelne Fachlehrer um die Sicherheit, die Ausstattung und Aktualisierung der Hardware kümmern. Weniger als die Hälfte geben an, dass sich IT-Fachpersonal beziehungsweise ein IT-Support darum kümmert.

Das heißt: Nicht nur die IT-Ausstattung ist oft mangelhaft, sondern überdies hinaus wird auch noch die technische Betreuung der Schule selbst überlassen.

Übrigens rangiert das im Grunde unter Ehrenamt, denn die Lehrerarbeitszeit sieht, mit der Ausnahme des Netzwerkbetreuers und des Multimediaberaters für diese Aufgaben keine Zeitfenster vor. Auch das ist Rotstiftpolitik der Dienstherrn auf dem Rücken der Lehrkräfte!

Wohlgemerkt: Das läuft stillschweigend ab und der Dienstherr sieht das als ganz normalen Vorgang an. Der VBE allerdings nicht!

Unsere Umfrage macht deutlich: Bei der IT-Ausstattung an Schulen ist Schmalhans Küchenmeister! Ich betone nochmals: Wir reden hier vom Jahr 14 im dritten Jahrtausend!

Unter diesen Vorzeichen geben dennoch 9 von 10 befragten Lehrerinnen und Lehrern in Baden-Württemberg an, sie nutzen digitales Unterrichtsmaterial beziehungsweise das Internet für ihren Unterricht. Auch in den Grundschulen sind die Kolleginnen und Kollegen entgegen dem landläufigen Vorurteil gegenüber dem digitalen Unterricht aufgeschlossen. 80 Prozent der befragten Grundschullehrkräfte nutzen digitales Unterrichtsmaterial häufig beziehungsweise gelegentlich zur Unterrichtsvorbereitung.

Unsere Umfrage stellt klar: Lehrerinnen und Lehrer sind keine digitalen Muffel! Ganz im Gegenteil! Sie machen aus den unterbelichteten IT-Verhältnissen an ihrer Schule das Beste, um ihren Schülerinnen und Schülern IT-Bildung so gut wie eben möglich zu vermitteln.

Die dafür nötigen Kenntnisse eignen sich die Lehrerinnen und Lehrer übrigens überwiegend auf privatem Wege an.

9 von 10 der befragten Lehrerinnen und Lehrer, die digital unterrichten, haben sich die Kenntnisse privat angeeignet, ein Drittel tat dies auch mit Hilfe des Kollegenkreises. Nur 19 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg haben sich IT-Kenntnisse durch die Lehrerfortbildung angeeignet.

Das Angebot an nötiger Lehrerfortbildung reicht in keiner Weise aus. Alarmierend finden wir die Angaben zur Lehrerausbildung. Nur 1 von 10 befragten Lehrerinnen und Lehrern, über alle Schulformen hinweg, gibt an, die Kenntnisse in der Lehrerausbildung erworben zu haben.

Für den Grundschulbereich sind es sogar nur 7 Prozent der Befragten. Der Dienstherr erwartet von den Lehrkräften digital basierten Unterricht, aber kommt seiner Verantwortung für Aus- und Fortbildung nur kläglich nach.

Die digitale Schule wird vom Dienstherrn als Privatangelegenheit auf die Lehrer abgeschoben!

Ich sprach bereits das Problem an, dass in der Lehrerarbeitszeit für IT kaum Platz vorgesehen ist. Wir haben gefragt, wie der Zeitaufwand für den Unterrichtseinsatz digitaler Medien eingeschätzt wird.

34 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg schätzen im Ergebnis ihrer konkreten Erfahrungen ein, dass der Zeitaufwand höher ausfällt.

56 Prozent sehen den Zeitaufwand ähnlich hoch, wie bei konventionellem Unterricht.

Das macht deutlich: Mit IT sind keine Lehrerinnen und Lehrer „einzusparen“, wie das hin und wieder von ganz modernen IT-Strategen gehofft wird. Auch diese Botschaft ist uns wichtig.

Schließlich haben wir die „digitalen“ Lehrerinnen und Lehrer befragt, was sie vom Einsatz der IT-Medien halten.

Jeder dritte nennt als Vorteil, dass bei Schülerinnen und Schülern der Unterricht mehr Akzeptanz findet. Ein Viertel setzt auf die mögliche bessere Visualisierung sowie hohe Anschaulichkeit – natürlich unter der Voraussetzung, dass sich die genutzte Internetseite aufbaut bevor die Stunde zu Ende geht.

Kritische Aspekte werden aber auch genannt. 19 Prozent dieser befragten Lehrerinnen und Lehrer sehen eine mögliche Ablenkung der Schüler oder auch die Nutzung für persönliche Zwecke.

Für interessant halten wir die sehr geringen Befürchtungen im Hinblick auf Ent-Sozialisierung der Schülerinnen und Schüler. Das sehen nur 5 Prozent der befragten Lehrerinnen und Lehrer als Nachteil eines Einsatzes digitaler Medien im Unterricht.

Und nur 4 Prozent sorgen sich wegen möglicher fehlender Kontrolle durch die Lehrerinnen und Lehrer.

Diese Repräsentativ-Lehrerumfrage ist unser Beitrag zur „Digitalen Agenda der Bundesregierung“, die vor zwei Monaten mit großem Pomp gestartet wurde – übrigens vom:

Bundeswirtschaftsministerium,  
Bundesinnenministerium,  
Bundesverkehrsministerium.

Die Bundesbildungsministerin, Frau Wanka, war nicht dabei, es geht ja auch nur um eine „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“.

Dies wirft ein besonderes Licht auf diese Agenda. Der VBE hält die angekündigte „Strategie digitales Lernen“ für wichtig, aber wir erinnern auch an das Schicksal der Bildungsrepublik Deutschland, die vor 6 Jahren auf höchster Ebene

– von Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten –

angekündigt wurde und inzwischen als PR-Gag beerdigt ist. Wir sind auch aus einem anderen Grund beunruhigt. Die schönen digitalen Versprechen sind mit Appellen an die IT-Konzerne

verbunden, per Sponsoring die Schulen digital aufzurüsten, weil die zuständige Politik das Geld nicht bereitstellen will oder kann.

Das ist also nichts anderes als ein Aufruf zur weiteren schleichenden Privatisierung im Bildungsbereich, und passt leider zu gut zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP zwischen Europa und der USA, in dem der Bildungsbereich dem Zugriff privater Großinvestoren geöffnet werden soll. Genauso passt es zur Post-Demokratie-Debatte.

Um es klar zu sagen: Wer digitales Lernen in den Schulen ernsthaft flächendeckend installieren will, muss eine zeitgemäße Ausstattung aller Schulen und zwar von der Grundschule bis zu den berufsbildenden Schulen sichern. Und das ist allein in Verantwortung der Dienstherrn und Schulträger zu realisieren.

Der VBE fordert weiter eine zeitgemäße Lehreraus- und -fortbildung zum Schwerpunkt IT-Medien und Didaktik.

Wir fordern die nötigen personellen und zeitlichen Ressourcen für IT-Schulen, das heißt auch die Sicherstellung von IT-Support für jede Schule.

Wir fordern die Ausstattung der Schulen mit Computern, so dass jede Lehrerinnen und jeder Lehrer regelmäßigen Zugriff auf einen Dienst-PC haben und sich nicht einen PC mit Schulleitung und Kollegium teilen müssen.

Wir fordern geschützte dienstliche eMail-Adressen für jede Lehrerinnen und jeden Lehrer, damit das Gebot des Datenschutzes garantiert wird.

Wir fordern den Schutz von Persönlichkeitsrechten.

Wir fordern mehr Unterrichtsforschung und wissenschaftliche Begleitung von „Lernen mit digitalen Medien“.

Es muss Schluss damit sein, das Thema IT als Privatvergnügen der Lehrerinnen und Lehrer anzusehen.

Und nicht zuletzt: Wir fordern mehr Digi-Taler.